

„Frieden und Freiheit
erfordern die Geschlossenheit von Bündnispartnern mit gleichen Wertvorstellungen
- wie kann man diese Geschlossenheit erreichen?“

Die Feststellung: „Frieden und Freiheit erfordern die Geschlossenheit von Bündnispartnern mit gleichen Wertvorstellungen“, setzt voraus, dass man in einer Welt vielfältiger Maßstäbe und Blickwinkel zunächst Frieden und Freiheit in diesem Kontext definiert, bevor man beleuchtet, wie Geschlossenheit erreicht werden kann.

Frieden ist ein vielschichtiger Begriff, der je nach Zeit, politischem System oder Kultur unterschiedlich interpretiert wird. Der norwegische Friedensforscher Johan Galtung unterscheidet zwischen „negativem Frieden“, der Abwesenheit von Krieg und „positivem Frieden“, der zusätzlich Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität einschließt. Aus meiner Sicht ist nur positiver Frieden als echter Frieden zu werten, da er die Grundlage für eine dauerhaft friedliche Gesellschaft schafft.

Innerhalb eines Staates und einer Bündnisgemeinschaft braucht es soziale Gerechtigkeit und Stabilität, damit nicht durch die Unzufriedenheit Benachteiligter innere Konflikte geschürt werden, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Wachstum gefährden. Aktuell zeigt sich, dass realpolitisches Handeln nicht durch idealistische Forderungen wie „Frieden schaffen ohne Waffen“ ersetzt werden kann, solange die Weltgemeinschaft nicht geschlossen dahintersteht und jeder Staat die Grenzen der anderen anerkennt.

Der Begriff „Freiheit“ rückt nun in den Fokus. Ich durfte in größtmöglicher Freiheit aufwachsen, nach dem Grundsatz, dass sie dort endet, wo die Freiheit des anderen beginnt und dort wo man sich selbst Schaden zufügen würde. Persönliche Freiheit bedeutet selbstbestimmt zu leben, durch Meinungs- und Handlungsfreiheit; politische Freiheit ist gekennzeichnet durch demokratische Mitbestimmung und Rechtsstaatlichkeit; wirtschaftliche Freiheit durch Eigentumsrecht und freie Berufswahl. Diese Freiheiten sind nie absolut, sondern sind begrenzt, durch die Rechte anderer, sowie durch gesellschaftliche Normen und Traditionen.

Die eingangs genannte These, nach der Frieden und Freiheit die Geschlossenheit von Bündnispartnern mit gleichen Wertvorstellungen erfordert, versteht Freiheit als politische Wertebasis, die alle Bündnispartner teilen und gemeinsam verteidigen. Diese Werte sind Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte als Grundlage individueller und kollektiver Entscheidungsfreiheit. Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, um Überzeugungen ohne Angst vor Repression zu äußern. Freie Marktwirtschaft, Eigentumsrechte und faire wirtschaftliche Bedingungen als Basis für Wohlstand und Stabilität. Schließlich, zum Schutz all dieser Werte, die nationale Souveränität, das Recht, als Staat eigenständig über die eigenen Angelegenheiten zu entscheiden, ohne fremde Einflussnahme oder Zwang.

Demnach bedarf es, zum Schutz der Freiheiten gegenüber äußeren Bedrohungen und inneren Herausforderungen sowie zur Bewahrung des Friedens zuallererst gleicher Wertvorstellungen derer, die sich gemeinsam gegen Aggressoren stellen und im Angriffsfall geschlossen auftreten, um ihre gemeinsamen Friedens- und Freiheitswerte zu verteidigen.

Mit Blick auf unsere Bündnisgemeinschaft, die EU, ist festzustellen, dass vielleicht noch in den ehemaligen Gründerstaaten, doch längst nicht mehr bei allen heutigen Mitgliedsländern, Einigkeit herrscht bei der Definition von Frieden und Freiheit. Doch nur ein Bündnis, indem die Partner gleiche Wertvorstellungen teilen, kann vertrauensvoll funktionieren, denn nur dadurch sind gemeinsame Ziele und ist geschlossenes Handeln in Krisen möglich. Fehlen gemeinsame Werte ist gegenseitiges Verstehen, nicht zu verwechseln mit Verständnis, unter den Bündnispartnern nicht möglich, dadurch fehlt ihnen dann die Grundlage für Solidarität und Verlässlichkeit.

Wie kann man also Geschlossenheit unter Bündnispartnern mit gleichen Wertvorstellungen erreichen? Aus deutscher Perspektive richtet sich der Blick zunächst auf die Europäische Union, doch auch im Kontext der NATO oder im Umgang mit Akteuren wie Russland und China, gewinnt diese Fragestellung zunehmend an Bedeutung.

Damit ein Bündnis dauerhaft Bestand hat, bedarf es mehr als eines gemeinsamen Gegners, es braucht Geschlossenheit, in Form der gemeinsamen Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, wie beim NATO-Doppelbeschluss unter Helmut Kohl, der trotz innenpolitischer Spannungen im westlichen Bündnis gemeinsame Sicherheitsinteressen durchsetzte. Definieren einzelne Bündnispartner Werte verschieden, wie beispielsweise der EU-Bündnispartner Ungarn heute, dann werden unterschiedliche Ziele verfolgt und das Bündnis belastet.

Ebenso wichtig, um Geschlossenheit zu erreichen, sind Vertrauen und Verlässlichkeit. Ronald Reagan und Margaret Thatcher vertrauten sich, ihre enge Zusammenarbeit prägte die Stabilität der westlichen Wertegemeinschaft im Kalten Krieg. Reagans Frau Nancy nannte die beiden gar „political soulmates“, politische Seelenverwandte, gegenseitiges Vertrauen beflügelte das Bündnis. Thatcher überzeugte Reagan, noch vor Gorbatschows Ernennung, ihm zu vertrauen. Es folgten die politischen Reformen Gorbatschows, zur Umgestaltung der Sowjetunion in einen Staat mit Blickrichtung zur Demokratie. Mit Glasnost, Offenheit, die für Lockerungen der Freiheitsrechte und Perestroika, dem Umbau, der zu einer Modernisierung des Systems führen sollte.

Geschlossenheit, wie sie Deutschland und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut hat, entstand durch kulturelle und historische Verbindungen, welche die gesellschaftlichen Brücken für die politische Zusammenarbeit bilden.

Verschiedene nationale Interessen, wie beispielsweise der unterschiedliche Umgang der einzelnen EU-Staaten mit Russland bergen Herausforderungen für Geschlossenheit. Zwischen Dialogbereitschaft und konfrontativer Abschreckung treten EU-Mitgliedsstaaten dem Handelspartner Russland entgegen. Auch geopolitische Spannungen und wirtschaftlicher Druck wirken destabilisierend. Der Russland-Ukraine-Konflikt zeigt, wie unterschiedlich Bündnispartner auf Energieabhängigkeit oder Waffenlieferungen reagieren. Hinzu kommt der Aufstieg von Populismus und politische Instabilität in Mitgliedstaaten, wie in Ungarn oder Polen, wodurch das gemeinsame Fundament ins Wanken gerät und rechtsstaatliche Prinzipien in Frage gestellt werden.

Als Gegenpol, braucht es zielführende Maßnahmen zur Stärkung der Geschlossenheit, wie diplomatische Zusammenarbeit bei regelmäßigen Gipfeltreffen im EU-Rat, um gemeinsame Entscheidungsprozesse zu festigen. Auf militärischer Ebene braucht es koordinierte Verteidigungsstrategien, wie sie in der NATO-Reaktion auf die Ukraine-Invasion sichtbar wurden. Auch wirtschaftliche Verflechtungen, wie sie durch den Binnenmarkt der EU entstehen, fördern Stabilität. Nicht zu unterschätzen sind letztlich, gesellschaftliche Austauschprogramme wie das Erasmus+-Programm, das auf die nächste Generation wirkt und jungen Menschen europäische Identität nahebringt, sowie das gegenseitige Verständnis stärkt.

Gemeinsame Werte allein genügen demnach nicht, sie müssen gelebt, geschützt und verteidigt werden. Geschlossenheit ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muss durch aktive Zusammenarbeit und ständigen Dialog gepflegt werden. Geschlossenheit ist die unverzichtbare Grundlage für Frieden und Freiheit.